

Gesundes Sachsen

—

Herausforderungen begegnen, Erfolge fortführen, neue Wege gehen

(beschlossen vom CDU-Landesvorstand am 25.09.2023)

Eine weiterhin gute medizinische Versorgung ist Anspruch und Ziel der Sächsischen Union. Seit der Friedlichen Revolution hat die medizinische Versorgung im Freistaat Sachsen eine erhebliche Transformation durchlaufen. Die Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur, die Öffnung für ein leistungsfähiges Netz niedergelassener Ärztinnen und Ärzte, die Modernisierung der Krankenhäuser, das Zusammenwirken zwischen Krankenkassen, Krankenhausgesellschaft, Landesärztekammer, Kassenärztlicher Vereinigung und kommunaler Ebene sowie die Förderung von Forschung und Innovation haben dazu beigetragen, dass Sachsen heute eine vielfältige und leistungsfähige Gesundheitslandschaft in Stadt und Land hat. Nicht zuletzt bei der globalen Corona-Pandemie haben wir gesehen, dass unser Gesundheitssystem uns gut durch diese Zeit gebracht hat.

Gesellschaftliche wie auch demografische Entwicklungen, veränderte Anforderungen an das Personal wie auch die Fachkräftesituation, der medizinisch-technische Fortschritt sowie die Zunahme von Infektionskrankheiten stellen uns vor neue Herausforderungen. Insbesondere der Wandel in der Altersstruktur führt dabei nicht nur zu einem wachsenden Anteil älterer komplex-kranker und immungeschwächter Menschen, sondern auch zu einer Begrenzung des zur Verfügung stehenden medizinischen Personals.

Wir sind fest entschlossen, die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahrzehnte fortzusetzen und die Gesundheitsversorgung in Sachsen weiter auf einem hohen Niveau zu erhalten, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat gerecht zu werden. Ambulante und stationäre Grundversorgung muss hierbei zwingend ortsnah gewährleistet sein, während komplexere Behandlungsformen insbesondere unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Qualität zu betrachten sind.

Krankenhausversorgung zukunftsfest ausgestalten – Föderale Verantwortlichkeiten und Entwicklungen beachten

Beginnend in den 1990er-Jahren wurden umfassende und mutige Schritte zur Transformation der stationären Versorgung unternommen, so dass der Freistaat über eine hochwertige und moderne Krankenhausversorgung verfügt. Dieses insbesondere ostdeutsche Spezifikum ist bei allen Reformüberlegungen auf Bundesebene zu berücksichtigen. Mit der Zukunftswerkstatt zur Krankenhausversorgung, dem „Zielbild 2030

Gesundheit neu denken“ und dem engen Zusammenwirken aller Akteure werden die Grundlagen für die Aufstellung eines neuen Krankenhausplans geschaffen. Sie werden mit den Schwerpunkten Leistungsfähigkeit, Patientenorientierung und Vernetzung unsere stationäre Gesundheitslandschaft fit für die Zukunft machen.

Neben den Maßnahmen auf Landesebene werden wesentliche Weichenstellungen auf Bundesebene geschaffen. Als Sächsische Union begrüßen wir es, dass die Bundesregierung mit der Krankenhausreform die Gesundheitsversorgung weiterentwickeln möchte. Dies gelingt aber nur, wenn vier Punkte umgesetzt werden:

- Bundesländer und Kommunen als gleichwertige Partner anerkennen,
- in das Verfahren einbeziehen,
- föderale Zuständigkeiten, insbesondere im Bereich der Planung, berücksichtigen und
- ein zusätzliches Investitionsprogramm zur Umsetzung der Krankenhausreform auflegen.

Weiterhin ist zum einen von entscheidender Bedeutung, dass die im Freistaat Sachsen vorgenommenen Umwandlungsprozesse wie auch regionale Besonderheiten in den weiteren Reformschritten Berücksichtigung finden und Benachteiligungen der neuen Bundesländer vermieden werden. Zum anderen sehen wir die Bundesebene in der Verantwortung, in der Übergangsphase bis zur Umsetzung der wesentlichen Reformschritte die finanziellen Grundlagen zu schaffen, um die Stabilisierung der stationären Versorgung sicherzustellen und eine mögliche ungesteuerte Strukturbereinigung über Insolvenzen zu verhindern.

Mehr Zahnärzte und Apotheker für den ländlichen Raum gewinnen – Gesundheitsberufe stärker ins Blickfeld nehmen

Sachsen besteht aus vielen ländlich geprägten Regionen. Unser Anspruch ist es, auch dort die ambulante Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau zu gewährleisten und weiterzuentwickeln. Dabei gilt es, die Attraktivität der niedergelassenen Tätigkeit zu erhöhen – zum Beispiel durch eine stärkere Nutzung sektorübergreifender bzw. digitaler Möglichkeiten. Außerdem setzen wir uns gegenüber dem Bund dafür ein, endlich bürokratische Regelungen abzubauen. Nur so kann es gelingen, junge Ärztinnen und Ärzte in ausreichender Zahl für die berufliche Selbstständigkeit zu begeistern. Hier ist hervorzuheben, dass die Ärzteschaft in den vergangenen Jahren bereits eine Reihe von Maßnahmen ins Werk gehoben hat, das Berufsfeld des niedergelassenen Haus- und Facharztes attraktiver zu machen. Gleichfalls müssen wir darauf reagieren, dass sich die Arbeitswelt ändert und neue Formen der Berufsausübung in den vergangenen Jahren neben der klassischen Niederlassung aufgenommen sind. Deshalb wollen wir Modelle etablieren, die die Einrichtung kommunaler MVZs ermöglichen. Diese bieten die Möglichkeit der Stärkung des Gesundheitswesens auf lokaler Ebene. Alle Bürgerinnen und Bürger brauchen die Sicherheit, dass sie sehr gut versorgt werden – unabhängig von Alter, Wohnort und Einkommen.

Mit dem 20-Punkte-Programm „Medizinische Versorgung 2030“ haben wir gerade im Bereich der Gewinnung und Sicherung von Ärztinnen und Ärzten für städtische und ländliche Räume einen großen Schritt für die Zukunft getan. Insbesondere die Landarztquote, der Modellstudiengang MEDiC in Chemnitz und die Ausbildung in Ungarn leisten einen wichtigen Beitrag dazu, gute medizinische Versorgung - vor allem in ländlichen Regionen – sicherzustellen.

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, die Vorabzugsquote auch für Pharmazie und Zahnmedizin anzuwenden. Insbesondere im Bereich der pharmazeutischen Ausbildung ist hierfür eine maßvolle Aufstockung der Studienplatzkapazitäten notwendig.

Ebenso wollen wir die weiteren Gesundheitsberufe stärken und ihre wichtige Rolle bei einer guten Gesundheitsversorgung betonen. Seien es die Apotheker, die Hebammen, die Pflegefachkräfte, die Orthopädiemechaniker oder die Medizinischen Fachangestellten – sie alle leisten einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung. Wir wollen mit ihnen Ansätze erarbeiten, wie die Attraktivität dieser Berufe ausgebaut werden kann und ihre zentrale Rolle bei der künftigen Gesundheitsversorgung gestärkt werden kann – sei es bei der Berufswahl und Berufsausübung, in der Stadt und im ländlichen Raum.

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitswesen wollen wir beschleunigen und entbürokratisieren. Sachsen soll zu den Spitzenreitern unter den Bundesländern gehören, was die Geschwindigkeit bei der Anerkennung von Abschlüssen für Ärzte und Pflegepersonal angeht. Alle Beteiligten sind aufgefordert, gemeinsam Lösungen zu suchen.